

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 01.03.2012 im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Dr. Kai Zwicker

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Ludwig Artmeyer	Bocholt	ab TOP 3, 16:20 Uhr
Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Arno Berning	Raesfeld	
Ralf Bertram	Bocholt	
Werner Bleker	Borken	
Reinhard Böcker	Ahaus	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Karlheinz Busen	Gronau	
Heidi Buskase	Gronau	
Angelika Dannenbaum	Ahaus	
Günther Dirks	Borken	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Frank Engbers	Südlohn	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	ab TOP 3, 16:30 Uhr
Sven Gabbe	Gronau	
Magdalene Garvert	Rhede	
Heinz Gausling	Legden	
Rudolf Geukes	Isselburg	bis TOP 4, 18:20 Uhr
Ulrich Günhen	Isselburg	
Volker Jürgen Himmel	Borken	
Markus Jasper	Heek	
Günter Kendzierski	Gronau	
Johannes Kisfeld	Stadtlohn	
Wolfgang Klein	Ahaus	
Anne König	Borken	
Markus Krafczyk	Bocholt	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Berthold Langehaneberg	Legden	
Paul Lensing	Borken	
Heinrich Lübbering	Vreden	
Gerhard Ludwig	Borken	ab TOP 3, 16:45 Uhr
Johannes Maus	Velen	
Wolfgang Kurt Mazur	Gronau	ab TOP 3, 16:45 Uhr
Klaus Meyermann	Bocholt	ab TOP 3, 16:40 Uhr

Helmut Möllenkotte	Schöppingen	
Heiko Nordholt	Gronau	ab TOP 3, 17:10 Uhr
Norbert Oenning	Borken	
Josef Osterhues	Ahaus	
Hans Theo Peschkes	Bocholt	
Stephanie Pohl	Gescher	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Maja Saatkamp	Borken	
Theo Sanders	Bocholt	
Bernd Schlipsing	Vreden	
Bernd Schöning	Stadtlohn	ab TOP 3, 16:55 Uhr
Markus Schulte	Gronau	
Ursula Schulte	Vreden	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Silke Sommers	Bocholt	
Jens Steiner	Heek	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Christel Wegmann	Rhede	
Friedhelm Weikamp	Rhede	
Gertrud Welper	Vreden	

Es fehlen entschuldigt:

Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Jens Spahn	Ahaus

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Kreiskämmerer Wilfried Kersting
Dr. Elisabeth Schwenzow
Karlheinz Gördes
Anne-Katrin Schlüter
Kirsten Tenspolde

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Kai Zwicker eröffnet um 16:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Landrat Dr. Kai Zwicker, Herr Norbert Oenning habe als Nachfolger von Herrn Dirk Kappenhagen das Kreistagsmandat angenommen und die Mitgliedschaft im Kreistag des Kreises Borken mit Wirkung zum 19.01.2012 erworben. Er vereidigt Herrn Norbert Oenning mit folgender Eidesformel:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Landrat Dr. Kai Zwicker stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Landrat Dr. Kai Zwicker stellt Einvernehmen fest, die Tagesordnung gemäß § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag im öffentlichen und nicht öffentlichen Teil jeweils um den Punkt „Klärschlamm Entsorgung für die Stadt Ahaus“ (dann TOP 20 und 24) zu erweitern.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Landrat Dr. Zwicker berichtet, es liege eine Einwohnerfrage der Bürgerinitiative Bocholt-Borken-Coesfeld in Sachen ÖPNV/SPNV vor. Angesichts der Anzahl und Tiefe der vorgelegten weitreichenden Vorschläge und Anregungen sei jedoch eine kurzfristige Beantwortung nicht möglich. Die Fragen sollen in einem Gespräch mit der Bürgerinitiative aufgearbeitet werden. Über dieses Vorgehen seien die Fraktionsvorsitzenden vorab informiert worden.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 08.12.2011

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 08.12.2011 wird genehmigt.

Hinweis: Aus formalen Gründen ist eine Ergänzung der Niederschrift notwendig. Die Änderung wird mit dieser Niederschrift versandt.

Beschluss: einstimmig

Punkt 3: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2012 Vorlage: 0044/2012

Berichtersteller/in: Kreiskämmerer Kersting

Zu den Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden Schulte, M., Schulte, U., von Borczykowski, Welper und Schöning wird auf die **Anlagen 1 bis 5** verwiesen.

Kreistagsabgeordneter Mazur stellt fest, durch die Haushaltsreden von Frau Welper und Frau Schulte seien viele seiner Einschätzungen zum Haushalt bereits vorweggenommen worden, wie zu den Themen „Veränderung der Schullandschaft“, „Klimaschutz“, die

Ausweitung der „Maiswüste“ im Kreis Borken und „Ausbau von Biogasanlagen“. Er verdeutlicht, dass er dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen könne, da das „Sozialticket“ darin keine Berücksichtigung gefunden hätte. An vielen Entwicklungen im Kreis Borken, wie künftig womöglich beim neuen Kulturhistorischen Zentrum, könnten die Betroffenen ohne ein Sozialticket nicht teilhaben.

Kreistagabgeordneter Schulte, M., widerspricht der Darstellung, beim Flugplatz Stadtlohn-Vreden sei ein finanzieller Schaden entstanden. Bei der Förderung des Kreises sei stets entsprechend der seinerzeitigen Beschlüsse des Kreistages vorgegangen worden. Dagegen sei ein zugesagter Zuschuss des Landes ausgeblieben. Ebenso kritisiert er den von Frau Welper aufgegriffenen Antrag zur Vermeidung von Methangasen. So sei Methangas zwar schädlicher als CO₂, jedoch sei die Menge nicht so hoch, um so viel Geld wie im Antrag vorgeschlagen für die Vermeidung auszugeben.

Dies greift Kreistagsabgeordneter Eisele auf, seine Fraktion werde dieses Thema weiterverfolgen, zumal bereits im Klimaschutzkonzept des Kreises Borken die Vermeidung von Methangasen als Ziel festgehalten worden sei. Des Weiteren fordere er die CDU-Fraktion auf, endlich, auch gegenüber dem Bürger, einzugestehen, dass sich der Flugplatz nicht wie erhofft entwickelt habe und es hier nun nur noch um die Minimierung von Verlusten gehe. Das Thema „Sozialticket“, so kritisiert er, sei seitens der Verwaltung und in den Gremien nicht genau genug untersucht und vorangebracht worden. Ziel müsse es sein, eine münsterlandweit einheitliche Lösung zu finden. Eine Verlagerung der Verkehrsplanung auf einzelne Städte und Gemeinden, wie es derzeit in Bocholt zu beobachten sei, sei nicht vertretbar. Hingegen begrüße er die Entwicklung im Bereich Breitband bei der Leerrohr-Verlegung. Die Mittel des Konjunkturpakets II dafür einzusetzen, sei der richtige Weg gewesen, die Anbindung an ein schnelles Internet gelte als wichtiger Infrastrukturbaukasten.

Kreistagsabgeordneter Lensing entgegnet, für die Einführung eines Sozialtickets werde Klarheit vom Land zur finanziellen Planung benötigt, die derzeit nicht vorliege. Er betont außerdem, die Zahlen der Verwaltung seien immer seriös gewesen und fordert folglich konstruktive Vorschläge auf verantwortungsvoller Grundlage, mit denen sich seine Fraktion dann auseinandersetzen werde.

Zum Flugplatz Stadtlohn-Vreden machen die Kreistagsabgeordneten von Borczyskowski und Ludwig deutlich, es sei durchaus ein finanzieller Schaden entstanden, da die benötigten Mittel für den Ausbau des Flugplatzes fehlgeleitet seien und an anderer Stelle besser und sinnvoller hätten eingesetzt werden können.

Landrat Dr. Zwicker stellt Einvernehmen fest, über die Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Zunächst lässt er über die **Änderungsliste der Verwaltung** (Anlage 1 zur Vorlage 0044/2012) vorbehaltlich der Einzelanträge der Fraktionen abstimmen.

Beschluss: 44 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen

Damit ist diese angenommen.

Anschließend lässt er über die **Änderung des Stellenplans** (Anlage 2 zur Vorlage 0044/2012) abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Damit ist diese angenommen.

Zu den **Haushaltsanträgen der Fraktionen** informiert Landrat Dr. Zwicker, die SPD-Fraktion habe ihre Anträge zurückgezogen, so dass die Anträge mit den Nummern 01-01, 01-02, 01-03 und 02-01 nicht mehr zur Abstimmung stünden. Er lässt über die verbliebenen Änderungsanträge der Fraktionen (gem. Anlage 3 zur Vorlage 0044/2012, Stand 16.02.2012) auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen des Kreisausschusses abstimmen.

Antrag 04-01 53 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Danach lässt Landrat Dr. Zwicker über den Prüfauftrag an die Verwaltung abstimmen.

einstimmig

Dem Prüfauftrag wird zugestimmt.

Antrag 04-02 einstimmig

Dem Antrag wird zugestimmt

Antrag 06-01 Landrat Dr. Zwicker lässt über die geänderte Fassung des Fachausschusses abstimmen.

einstimmig

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

Antrag 06-02 53 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abschließend stellt Landrat Dr. Zwicker den **Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 0044/2012 insgesamt** zur Abstimmung:

Beschluss: 46 Ja-Stimmen

13 Nein-Stimmen

Die Haushaltssatzung 2012 mit ihren Anlagen wird in der Fassung des Haushaltsentwurfs vom 08.12.2011 unter Berücksichtigung

- der Änderungsliste der Verwaltung (**Anlage 1**)
- der Änderung des Stellenplans (**Anlage 2**) sowie
- mehrheitlich befürworteter Änderungsanträge der Fraktionen aus der Antragsliste (**Anlage 3**)

verabschiedet.

Punkt 3.1: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2012
Vorlage: 0044/2012/1

Berichterstatter/in: Kreiskämmerer Kersting

Der Kreistag nimmt den Inhalt der Ergänzungsvorlage zur Kenntnis.

Punkt 4: Jahresabschluss des Kreises Borken zum 31.12.2009
Vorlage: 0050/2012

Berichtersteller/in: Bernhard Krasenbrink

Kreistagsabgeordneter Krasenbrink erläutert die Informationen aus der Sitzungsvorlage und berichtet, der Rechnungsprüfungsausschuss habe dem Jahresabschluss in seiner Sitzung am 08.02.2012 einstimmig ein uneingeschränktes Testat ausgestellt. Mehrheitlich empfehle der Ausschuss, im Hinblick auf die nach der Sitzung des Kreistages am 01.03.2012 zu erwartende Verabschiedung des NKF-Fortentwicklungsgesetzes, zunächst von einer Feststellung des Jahresabschlusses 2009 abzusehen, damit der Jahresabschluss unter Berücksichtigung der zu erwartenden buchhalterischen und bilanziellen Vorteile nachträglich geändert, erneut geprüft und testiert werden könne. In der nächsten Kreistagssitzung werde der Abschluss dann zur Feststellung vorgelegt.

Beschluss: einstimmig

Im Hinblick auf die bis Ende März 2012 zu erwartende Verabschiedung des NKF-Fortentwicklungsgesetzes sieht der Kreistag in der heutigen Sitzung von einer Feststellung des vom RPA am 08.02.2012 uneingeschränkt testierten Jahresabschlusses des Kreises Borken zum 31.12.2009 mit einer Bilanzsumme von 423.187.901,33 € und einem Jahresüberschuss von 10.923.857,81 € ab, damit dieser unter Berücksichtigung der zu erwartenden buchhalterischen und bilanziellen Vorteile nachträglich geändert, erneut geprüft und testiert werden könne. Die Feststellung des Jahresabschlusses 2009 und die Entlastung des Landrats können dann in der nächsten Kreistagssitzung erfolgen.

Punkt 5: Verlustausgleich und Einstellung von Forderungen in die Kapitalrücklage der Flugplatz Stadtlohn-Vreden Besitz GmbH
Vorlage: 0049/2012

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Kreistagsabgeordneter Ludwig betont, der entscheidende Teil der umfangreichen Vorlage sei der letzte Absatz des Beschlussvorschlages, in dem die Einlage in die Kapitalrücklage der Flugplatzgesellschaft beschrieben sei. Es entstehe heute kein buchhalterischer Verlust, da keine Zahlung fließen müsse. Ob jedoch in Zukunft nicht doch eine Verlust für den Kreis Borken entstehen werde, bleibe abzuwarten. Die SPD-Fraktion wolle die verkehrs- und strukturpolitische Fehlentscheidung der Vergangenheit nicht nachträglich billigen und werde daher gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Beschluss:
34 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Der Kreis Borken gewährt der Flugplatz Stadtlohn-Vreden Besitz GmbH entsprechend seinem Gesellschaftsanteil von 88 % vor dem Hintergrund des bis zum 31.12.2011 aufgelaufenen Verlustvortrags (168.239,49 Euro) einen Nachschuss von 148.050,75 Euro.

Der Kreis Borken stimmt dem Ausgleich eines gemäß § 20 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Flugplatz Stadtlohn-Vreden Besitz GmbH festzustellenden Verlustes aus dem Jahr 2011 zu.

Der Kreis Borken legt in die Kapitalrücklage der Flugplatz Stadtlohn-Vreden Besitz GmbH die Summe von 1,9 Mio. Euro zur Finanzierung der Anpassung des Flugplatzes Stadlohn-Vreden an die verschärften europäischen Sicherheitsbestimmungen (JAR-OPS 1) sowie

sonstiger Investitionen der Vorjahre ein. Soweit die Flugplatzgesellschaft für durchgeführte Maßnahmen der JAR-OPS 1-Anpassung über die bereits bewilligten Landesmittel hinaus Förderungen erhält, sind diese bei entsprechender Reduzierung der Kapitalrücklage an den Kreis Borken weiterzuleiten.

Punkt 6: Kulturhistorisches Zentrum Westmünsterland - Grundsatzbeschluss
Vorlage: 0058/2012

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Kreistagsabgeordnete Saatkamp betont, die Grünen stünden hinter dem Projekt, es sei eine einmalige Chance, die es zu ergreifen gelte. Mit dem heutigen Beschluss sei keine endgültige Festlegung verbunden, da die Abstimmungen über den Architektenwettbewerb und die weiteren Schritte noch folgten. Abzuwarten bleibe u.a. noch, ob es eine Förderung als Regionale 2016-Projekt geben werde. Ohne eine entsprechende Förderzusage sei das Projekt nicht finanzierbar.

Dies unterstreicht Kreistagsabgeordneter Schulte, M., der Kreis Borken bleibe Herr des Verfahrens. Der heutige Beschluss sei nicht abschließend, die Entscheidungen bei ungünstigen Rahmenbedingungen noch umkehrbar.

Durch die Nachfragen und Anträge ihrer Fraktion, so Kreistagsabgeordnete Schulte, U., seien den Skeptikern in ihrer Fraktion, aber auch in der Öffentlichkeit, die inhaltliche Konzeption sowie die Kosten und Folgekosten erklärt und näher gebracht worden. Ziel war es, eine breite Mehrheit für das Kulturhistorische Zentrum zu erreichen. Dies sei inzwischen gelungen. Irritiert seien sie indes über die ablehnende Haltung von Frau Sommers, sie fordere sie daher auf, diese zu erklären.

Kreistagsabgeordnete Sommers macht deutlich, dies sei ihre persönliche Entscheidung, unabhängig von ihrer Position als stellvertretende Landrätin. Sie halte zwar das Konzept für sehr gut ausgearbeitet, habe aber Bedenken bei den laufenden Betriebskosten, die sich in den kommenden Jahren zu beachtlichen Beträgen aufsummierten. Die Kosten-Nutzen-Rechnung gehe für sie nicht auf.

Kreistagsabgeordneter Schöning merkt an, nach dem heutigen Grundsatzbeschluss sei ein Stopp des Projektes nur noch wahrscheinlich, wenn die eingeplante Förderung nicht gewährt werde. Er selbst halte das Konzept für sehr ambitioniert und durchdacht, habe aber Bedenken, ob das Konzept so umgesetzt werden könne und ob die Angebote auch angenommen würden. In seiner Fraktion gebe es unterschiedliche Haltungen zu dem Projekt, so dass die FDP-Fraktion die Abstimmung frei gegeben habe.

Auch Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski unterstreicht, die Entscheidung für oder gegen das Projekt sei individuell zu treffen. Er begrüße die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Grundsatzbeschluss. Zusammenfassend sei zu sagen, wenn die Eckpunkte, wie die Förderzusage als Regionaleprojekt und die Kostenzusage und Beteiligung der Stadt Vreden, erreicht würden, könne das Kulturhistorische Zentrum umgesetzt werden. Die Personalplanung sei zwar knapp, gründe sich aber auf belastbare Zahlen, die investiven Kosten seien steuerbar.

Abschließend erfragt Landrat Dr. Zwicker die noch nicht benannten Mitglieder für die Planungsbegleitgruppe. Er lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung, der weitergehender ist als der Antrag der SPD-Fraktion, abstimmen.

Beschluss: 53 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

1. Der Sachstandsbericht zum Kulturhistorischen Zentrum Westmünsterland wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Projekt wird vom Grundsatz her begrüßt und unter Zugrundelegung der in der Projektstudie angenommenen Kostenschätzung (Investitionszahlungen 14,57 Mio. Euro, Folgekosten + 315.000 Euro p.a.) befürwortet.
3. Die Verwaltung erhält folgende Aufträge:
 - a. Die Konzeption wird kontinuierlich weiterentwickelt.
 - b. Der Architektenwettbewerb für den Bau des Kulturhistorischen Zentrums wird vorbereitet. Die Durchführung ist für Herbst/Winter 2012 geplant, vorab entscheidet der Kreistag über die Modalitäten des Architektenwettbewerbs.
 - c. Über einen Baubeschluss und einen Finanzierungsplan zur endgültigen Realisierung des Projekts wird voraussichtlich im Herbst/Winter 2013 zusammen mit der Entscheidung über die Auswahl des Architekten und das Einreichen des Projektdossiers zum Erreichen der Regionale-Qualifizierungsstufe A entschieden. Der Baubeschluss wird unter den Vorbehalt von Förderzusagen gestellt werden.
 - d. Die Akquise von Fördermitteln wird fortgesetzt mit dem Ziel eine größtmögliche Förderung zu erzielen. Neben Mitteln aus der Städtebauförderung werden weitere Möglichkeiten ausgelotet.
 - e. Der Kreistag wird kontinuierlich über die Entwicklung des Projektes (inhaltlich, baulich, finanziell und fördertechnisch) informiert.
4. Es wird eine Planungsbegleitgruppe gebildet. Hierzu benennen die Fraktionen folgende Personen:

Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stv. Mitglied
CDU	Volker Himmel	Bernhard Krasenbrink
SPD	Hans-Georg Fischer	Uta Röhrmann
Grüne	Gertrud Welper	Maja Saatkamp
UWG	Angelika Dannenbaum	Andreas Wethmar
FDP	Karlheinz Busen	Wolfgang Klein

Punkt 6.1: Personalkonzept für das zukünftige Kulturhistorische Zentrum
Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.02.2012
Vorlage: 0070/2012

Der Kreistag nimmt die Antwort der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion zur Kenntnis.

Punkt 6.2: Kulturhistorisches Zentrum
Antrag der SPD-Fraktion v. 22.02.2012
Vorlage: 0079/2012

Landrat Dr. Zwicker lässt über den weitergehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen (siehe Punkt 6).

**Punkt 7: Transport von Brennelementen aus dem Forschungszentrum Jülich in das Zwischenlager nach Ahaus / Resolution des Rates der Stadt Ahaus
Antrag der SPD-Fraktion vom 07.01.2011
Vorlage: 0017/2012**

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker weist darauf hin, der Antrag der SPD sei durch den später gestellten gemeinsamen Antrag aller Fraktionen erledigt.

**Punkt 7.1: Transport von Brennelementen aus dem Forschungszentrum Jülich in das Zwischenlager nach Ahaus / Resolution des Rates der Stadt Ahaus
Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen v. 21.02.2012
Vorlage: 0077/2012**

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag Borken schließt sich der einstimmig beschlossenen Resolution des Rates der Stadt Ahaus an und beschließt daher:

1. Der Kreistag des Kreises Borken stellt fest, dass die Sicherheit der Bevölkerung im Kreis Borken oberste Priorität hat.
2. Der Kreistag des Kreises Borken kritisiert die völlig unzureichende Informationspolitik des Forschungszentrums Jülich wie auch des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Entscheidungen, die insbesondere für unsere Region bedeutsam sind, aus der Presse erfahren zu müssen, ist nicht akzeptabel.
3. Der Kreistag des Kreises Borken muss zur Kenntnis nehmen, dass in den vergangenen drei Jahren offensichtlich nicht, wie bisher öffentlich dargestellt, mehrere Alternativen zur weiteren Lagerung der Brennelemente aus dem AVR – Kugelhaufenreaktor geprüft wurden, sondern sich das Prüfverfahren ausschließlich auf den Transport nach Ahaus erstreckt hat. Schon aus diesem Grund fordert der Kreistag des Kreises Borken das Forschungszentrum Jülich auf, schnellstmöglich auf der Grundlage des Genehmigungsantrages von 2007 alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, die Brennelemente im Rahmen einer zunächst vorläufigen und später endgültigen Zwischenlagerungsgenehmigung weiterhin in Jülich zu lagern.
4. Insbesondere vor diesem Hintergrund stellt der Kreistag Borken des Kreises Borken fest, dass die Verantwortung für die 152 Castorbehälter im Falle einer Reparaturbedürftigkeit und zur Endlagerungskonditionierung weiterhin beim Forschungszentrum Jülich bleibt.
5. Ein Transport von abgebrannten Brennelementen aus dem Forschungszentrum Jülich in das Zwischenlager Ahaus aus Imagegründen lehnt der Kreistag des Kreises Borken ab.
6. Durch das Verhalten von Forschungszentrum, Bundesministerium für Bildung und Forschung wie auch der NRW – Landesregierung und der daraus resultierenden öffentlichen Auseinandersetzung ist bereits beträchtlicher Schaden für unsere Region Westmünsterland entstanden. Zur Begrenzung sind alle Beteiligten gefordert, eine sichere, transparente und konsensfähige Lösung zu finden.

Als Formulierung für die Abstimmung schlägt Landrat Dr. Zwicker „Der Kreistag spricht sich für die Wiedereinführung von Altkennzeichen aus.“ vor.

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski teilt mit, seine Fraktion spreche sich für die Wiedereinführung aus. Kostenmäßig habe diese keine Auswirkungen und auch die kommunale Neugliederung werde dadurch nicht ad acta gelegt.

Aus sachlichen Gründen sei die FDP-Fraktion gegen die Wiedereinführung, teilt Kreistagsabgeordneter Schöning mit. So würden bei einer Zustimmung allein in Nordrhein-Westfalen 80 und bundesweit über 300 zusätzliche Kennzeichen zum Tragen kommen. Im Straßenverkehr seien die Nummernschilder BOR und BOH leicht zu verwechseln, nicht zuletzt bei Unfallgeschehen könne dies zu Problemen führen.

Eine Verwechslungsgefahr sehe er nicht, erwidert Kreistagsabgeordneter Krafczyk. Bocholt wolle auch nicht aus dem Kreis ausscheiden. Es handele sich lediglich um ein zusätzliches Angebot für den Bürger, mit dem sogar Mehreinnahmen verbunden seien. Diese könne man sogar ggfls. caritativen Zwecken zuführen.

Kreistagsabgeordnete Sommers stellt fest, das Thema sei zwar emotional besetzt, jedoch gehe es hier nicht um Bocholt gegen Borken. Vielmehr sei die Wiedereinführung in vielen anderen Städten ebenfalls gewollt. Sie sehe hier die Chance, dem Bürgerwillen direkt entsprechen zu können, sogar ohne Mehrkosten für die Verwaltung. Sie appelliere an den Kreistag, der Wiedereinführung zuzustimmen.

Zum Zusammengehörigkeitsgefühl im Kreis Borken gehöre weit mehr als nur die Frage des KFZ-Kennzeichens, findet auch Kreistagsabgeordnete Schulte, U. Die Wiedereinführung der Altkennzeichen sei für sie die Umsetzung des Bürgerwillens, damit vermeintlich einhergehende Probleme könne man auch überbewerten.

Kreistagsabgeordneter Steiner merkt an, jeder Bürger habe zur möglichen Wiedereinführung eine eigene Meinung und trage diese mit einer Erwartungshaltung an die Politik heran. Damit jeder Kreistagsabgeordnete frei und unabhängig hiervon abstimmen könne, sei die geheime Abstimmung der richtige Weg. In der Sache sehe er die Regionalidentität schon betroffen, werde doch nach außen der fehlende Zusammenhalt im Kreis Borken dokumentiert. Gegebenenfalls könne in der Zukunft über die Bezeichnung „Westmünsterlandkreis“ für den Kreis Borken diskutiert werden.

Noch vor kurzem habe der Kreistag zum Thema Münsterland e.V. diskutiert und festgehalten, der Kreis Borken müsse nach außen geschlossen auftreten und sich als Teil des Münsterlandes präsentieren, geben die Kreistagsabgeordneten Böcker und Klein zu Bedenken. Die Wiedereinführung von Altkennzeichen sei hingegen eine Entwicklung in die andere Richtung.

Landrat Dr. Zwicker hält es für bemerkenswert, wie intensiv über dieses Thema diskutiert werde. In der Vergangenheit habe es vielfältige Auseinandersetzungen um die kommunale Neugliederung gegeben. Nach diesem langwierigen Prozess des Zusammenwachsens sei nun gut zu überlegen, in welche Richtung sich der Kreis entwickeln solle. Wichtig sei ihm vor allem, das Verbindende im Kreis Borken zu suchen.

Anschließend verliest er erneut den Beschlussvorschlag, über den abgestimmt werden soll. Er bittet die Fraktionen um die Benennung der Stimmzähler. Benannt werden die Kreistagsabgeordneten Gabbe, Busen, Krafczyk, Artmeyer und Seidensticker-Beining.

Landrat Dr. Zwicker unterbricht die Sitzung für die Stimmabgabe und Auszählung von 19:27 bis 19:54 Uhr.

Landrat Dr. Zwicker gibt das Ergebnis der geheimen Abstimmung bekannt:

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
39 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Der Beschlussvorschlag „Der Kreistag spricht sich für die Wiedereinführung von Altkennzeichen aus.“ ist damit abgelehnt.

**Punkt 9.1: Möglichkeit der Wiedereinführung von früheren KFz - Kennzeichen
Antrag der SPD-Fraktion v. 22.02.2012
Vorlage: 0081/2012**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Mit der Abstimmung unter Punkt 9 hat sich der nahezu gleichlautende Antrag der SPD-Fraktion erledigt.

**Punkt 10: Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen den Kreisen Borken, Coesfeld und Warendorf und dem Zweckverband SPNV Münsterland
Vorlage: 0056/2012
Vorlage: 0056/2012/1**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Kreistagsabgeordneter Eisele berichtet, der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen habe über diese Vorlage nicht abgestimmt, da die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf gehabt habe. Die Gründe für die Angliederung des RNVG seien ausführlich dargelegt worden. Der Rückzug Steinfurts aus der RNVG werde von allen bedauert.

Landrat Dr. Zwicker lässt über die ausgelegte ergänzte Vorlage 0056/2012/1 abstimmen.

Beschluss: 45 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
1 Enthaltungen

1. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf auf dem Gebiet des ÖPNV vom 17.08.2006 wird aufgelöst.
2. Dem beigefügten Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Kreisen Borken, Coesfeld und Warendorf und dem Zweckverband SPNV Münsterland wird zugestimmt. Die vom Kreistag in die Zweckverbandsversammlung des ZVM (Zweckverband SPNV Münsterland) entsandten Mitglieder werden angewiesen, entsprechenden Vorlagen des ZVM zuzustimmen.

**Punkt 11: Änderung der Richtlinie zur Verwendung der Mittel gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW (ÖPNV-Pauschale)
Vorlage: 0057/2012**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag des Kreises Borken beschließt die als Anlage 1 beigefügten Änderungen der Richtlinie zur Verwendung der Mittel gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW (ÖPNV-Pauschale).

**Punkt 12: Koordination und Moderation der Schullandschaft im Kreis Borken
Antrag der SPD-Fraktion v. 23.01.2012
Vorlage: 0025/2012**

Der Antrag wurde zurückgezogen.

**Punkt 13: Antragstellung im Rahmen der 2. Förderphase "Lernen vor Ort"
Vorlage: 0030/2012**

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Die personellen und finanziellen Planungen sowie die vorgestellte Konzeption für die Antragstellung zum 31.03.2012 zur zweiten Förderphase „Lernen vor Ort“ (01.09.2012 – 31.08.2014) werden befürwortet.

**Punkt 14: Stand der Umsetzung der kommunalen Koordinierung des Übergangssystems Schule-Beruf
Vorlage: 0031/2012**

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Bericht zum Stand der Umsetzung der kommunalen Koordinierung wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 15: Abberufung und Bestellung von Rechnungsprüfern für die Facheinheit 14 - Revision und Aufsicht
Vorlage: 0014/2012**

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Beschluss: einstimmig

Herr Kreisoberamtsrat a.D. Karl-Heinz Freing und Kreisamtmann Peter Grömping werden als Rechnungsprüfer abberufen.

Herr Kreisoberinspektor Dietmar Uhlenbrock wird zum Rechnungsprüfer bestellt.

**Punkt 16: Neufassung der Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Kreises Borken und die Erhebung von Gebühren
Vorlage: 0029/2012**

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Beschluss: einstimmig

Die Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Kreises Borken und die Erhebung von Gebühren vom 01.03.2012 wird beschlossen.

Punkt 17: Straßenbericht mit Straßenbauprogramm 2012 sowie Hochbauprogramm 2012 mit Energiebericht
Vorlage: 0064/2012

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Kreistagsabgeordneter Gausling erkundigt sich nach Möglichkeiten, den für 2016 geplanten Neubau des Fahrradweges zwischen Legden und Stadtlohn vorzuziehen und fragt nach den Gründen für den geänderten Finanzierungsschlüssel der Maßnahme.

Ltd. Kreisbaudirektor Grothues antwortet, die Maßnahme sei zur Förderung nach dem GVFG angemeldet. Dadurch reduziere sich der Finanzierungsanteil der Gemeinde zwar auf 20 %, gleichzeitig werde die Maßnahme voraussichtlich erst 2016 realisiert. Ein Vorziehen sei nur durch die Einbeziehung in das kommunale Radwegeprogramm möglich. Durch die fehlende Förderung erhöhe sich der Eigenanteil der Gemeinde dann aber auf 50 %.

Beschluss: einstimmig

Dem Straßenbericht mit dem Straßenbauprogramm 2012 sowie dem Hochbauprogramm 2012 mit Energiebericht wird zugestimmt.

Punkt 18: Nebentätigkeiten des Landrats Dr. Kai Zwicker und des Landrats a. D. Gerd Wiesmann
Vorlage: 0053/2012

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Landrat Dr. Kai Zwicker übergibt für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung an die erste stellvertretende Landrätin Sommers und begibt sich in den Zuschauerraum. An der Beratung und Beschlussfassung nimmt er nicht teil.

Beschluss: einstimmig

1. Der Kreistag nimmt die vom Landrat Dr. Kai Zwicker angezeigten Nebentätigkeiten zur Kenntnis und genehmigt diese, soweit sie genehmigungspflichtig sind, befristet für 5 Jahre.
2. Der Kreistag nimmt die vom Landrat a. D. Gerd Wiesmann angezeigten Nebentätigkeiten zur Kenntnis.

Punkt 19: Antrag auf Umbesetzung
Antrag der CDU-Fraktion v. 22.02.2012
Vorlage: 0083/2012

Berichtersteller/in: Kreistagsabgeordneter Schulte, M.

Beschluss: einstimmig

1. Rechnungsprüfungsausschuss
Statt des bisherigen ord. Mitgliedes Dirk Kappenhagen
Neu KTM Norbert Oenning
2. Ausschuss für Umwelt
Statt des bisherigen ord. Mitgliedes Dirk Kappenhagen
Neu KTM Norbert Oenning

Punkt 20: Klärschlamm Entsorgung für die Stadt Ahaus
Vorlage: 0074/2012

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Die Kreistagsabgeordneten Klein und Eisele erklären sich für befangen und nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag stimmt dem Abschluss folgender Verträge mit der Stadt Ahaus zu:

- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Delegation der Aufgabe der Entsorgung von Klärschlämmen für die Stadt Ahaus
- Abstimmungsvereinbarung über die Entsorgung von Klärschlämmen für die Stadt Ahaus

Punkt 21: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 21.1: Sachstand "Kompetenzzentrum Frau und Beruf"

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker berichtet über die Absicht der Landesregierung NRW, mit insgesamt 16 neuen Kompetenzzentren in den arbeitsmarktpolitischen Regionen Nordrhein-Westfalens die Chancengleichheit von Frauen im Berufsleben voranzutreiben. Die Kompetenzzentren sollen neben weiteren Aufgabenfeldern neue Zugänge für Frauen am Arbeitsmarkt schaffen, den Wiedereinstieg nach einer Familienphase unterstützen oder eine umfassende Berufsorientierung für Mädchen organisieren.

Aus dem Münsterland seien im letzten September zwei Interessenverbände dem Aufruf des MGEPA (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter NRW) zur Abgabe einer Interessenbekundung zur Einrichtung eines solchen Kompetenzzentrums gefolgt, so Landrat Dr. Zwicker. Da beide Anträge als qualitativ gleichwertig zu betrachten gewesen seien, handelten die Partnerinnen und Partner auf Wunsch des Ministeriums in den letzten Wochen eine neue Interessenbekundung aus, auf die zeitnah die Antragsstellung beim MGEPA erfolgt sei.

Geplant sei die Einrichtung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums Frau und Beruf Münsterland mit zwei gleichberechtigten Standorten in Ahaus und Münster. Die vier Partnerinnen und Partner im Verbund würden die Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH (BBS), das Frauen Forum e.V. Münster, die Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf sowie der VFFE Verein zur Förderung der FrauenErwerbstätigkeit im Kreis Warendorf e.V. Zusätzlich sei eine enge Zusammenarbeit mit den Kreishandwerkerschaften der Kreise Borken und Coesfeld geplant. Die beiden Standorte sollen mit je 2 ½ Fachkräften ausgestattet werden. 2012 seien bereits elf neue Kompetenzzentren an den Start gegangen. Mit der Bewilligung von drei weiteren neuen Einrichtungen – u.a. des Kompetenzzentrums Frau und Beruf Münsterland - ist noch im ersten Quartal zu rechnen.

Punkt 21.2: Evaluierung der Aufgabenwahrnehmung durch den Münsterland e. V.

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker gibt ein Schreiben von Klaus Ehling, Vorsitzender des Vorstandes des Münsterland e.V., bekannt. Darin kündige dieser an, die von den Mitgliedern des Kreistags

geforderte strukturelle Überprüfung der Arbeitsteilung der Aufgabenträger im Münsterland sowie die Evaluierung der Aufgabenwahrnehmung durch den Münsterland e.V. in enger Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung vorzunehmen und die hierfür erforderlichen Informationen zusammenzustellen. Er bedanke sich überdies für die sachbezogene Diskussion zur Zuschusserhöhung an den Münsterland e.V. in den Gremien des Kreises und den Fraktionen. Die Anregung, einmal jährlich über die Arbeit des Münsterland e.V. zu berichten, greife Herr Ehling gerne auf und spreche sich für die Fortsetzung des Dialogs mit dem Kreistag und den Fraktionen aus.

Punkt 21.3: "45-Stunden-Buchungen für überdreijährige Kinder" nach dem KiBiz

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster bezieht sich auf das im letzten Kreistag angesprochene Problem des Wahlverhaltens bei Kindertagesstättenplätzen und berichtet nun über das Ergebnis des Ausnahmeantrags des Kreisjugendamtes an das zuständige Landesministerium. Danach könnten alle 45-Stunden-Buchungen berücksichtigt werden. Zur näheren Information werde ein entsprechender Vermerk der Niederschrift beigefügt (**Anlage 6**). Ebenfalls beigefügt werde das Schreiben der Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport vom 29.02.2012 (**Anlage 7**).

Punkt 21.4: Abriss Haus Franke, Vreden

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Ltd. Kreisbaudirektor Grothues berichtet, das unmittelbar an das Hamaland-Museum in Vreden angrenzende Wohnhaus müsse teilweise abgerissen werden. Diese Maßnahme stehe nicht im Zusammenhang mit dem Projekt „Kulturhistorisches Zentrum Westmünsterland“. Vielmehr sei der rückwärtige zweigeschossige Anbau des Wohnhauses inzwischen nicht mehr standfest und weise erhebliche Bauschäden auf. Daher sei sein Abriss zwingend erforderlich. Für die Abbrucharbeiten seien bereits im Kreis-Haushalt 2011 Gelder bereitgestellt worden. Im April solle nun in Abstimmung mit dem Nachbarn und der Stadt Vreden damit begonnen werden. Wegen der besonderen Lage und Sensibilität des Gebäudes, welches straßenseitig unter Denkmalschutz stehe, könne der Abriss nur in Handarbeit ohne großen Maschineneinsatz durchgeführt werden. Am Butenwall müsse überdies ein Kran aufgestellt werden, um den anfallenden Bauschutt über den Stadtgraben hinweg entsorgen zu können.

Punkt 22: Anfragen

Punkt 22.1: Anfrage zur Stimmberechtigung bei Punkt 5

Kreistagsabgeordneter Nordholt bittet um Klärung, ob für die Mitglieder des Aufsichtsrates der Flugplatz Stadtlohn-Vreden Besitz GmbH bei der heutigen Abstimmung unter Punkt 5 eine Interessenkollision vorgelegen und damit Befangenheit bestanden habe. Die Aufsichtsratsmitglieder hätten in dem Gremium über die Schulden entschieden, die es heute auszugleichen gelte.

Antwort der Verwaltung: Nach dem Kommunalrecht gilt das Mitwirkungsverbot ausdrücklich nicht für Mitglieder des Aufsichtsrates, welche dem Organ als Vertreter oder auf Vorschlag der Gemeinde angehören (§ 28 Abs. 2 KrO i.V.m. § 31 Abs. 2 GO).

Sollte ein Mitglied des Kreistages tatsächlich der Auffassung sein, dass es von der Mitwirkung ausgeschlossen ist, dann muss er dies der zuständigen Stelle anzeigen. Bei

einer öffentlichen Sitzung kann er sich nur in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufhalten. Auch eine Stimmenthaltung unterliegt damit dem Mitwirkungsverbot.

Ende des öffentlichen Teils

Landrat Dr. Kai Zwicker schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.

gez.

Dr. Kai Zwicker

gez.

Kirsten Tenspolde